

IK-	KORR	Hrsg.: Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS Arbeitsgemeinschaft in der GBM e.V. Postfach 790103, 13015 Berlin	5/2001
Insiderkomitee			Oktober

Jour fixe im September:

Der 13. August 1961:

damals erlebt und mitgewirkt, damals und heute beurteilt

Unsere Diskussionsrunden haben sich tatsächlich als feste Termine in den Kalendern etabliert – trotz vorangegangener Sommerpause war die Teilnahme rege. Gewiß war auch für die Gäste interessant, wie ehemalige MfS-Mitarbeiter heute die Grenzsicherung vom August 1961 sehen. Uns Insidern war es ein Bedürfnis, darüber zu sprechen, wie dieser tiefe Einschnitt nicht nur in der eigenen Arbeit, sondern im Leben der DDR gedanklich und gefühlsmäßig bewältigt werden kann. Referenten schienen entbehrlich, hatte doch jeder Teilnehmer eigene Erlebnisse, Erinnerungen und Bewertungen einzubringen. Die Schilderungen über das Geschehen in den verschiedenen Dienstzweigen und Ebenen, innerhalb und außerhalb Berlins, ergaben viele Mosaiksteine für ein Bild von den Ereignissen.

Bei aller Differenziertheit im Detail wurde deutlich, daß im MfS die Notwendigkeit bzw. Berechtigung der Grenzschießung uneingeschränkt bejaht wurde. Da es sich um die Grenzlinie der beiden antagonistischen Systeme handelte, war es kein isoliert zu betrachtendes DDR-Problem. Die heutigen Urteile stellen die damalige Entscheidung deshalb nicht grundsätzlich in Frage, fielen aber bedeutend differenzierter aus.

Die Grenzschießung wurde damals einerseits als Ausdruck einer Niederlage des Sozialismus charakterisiert, da das kapitalistische System offenkundig eine größere Anziehungskraft entwickelte. Andererseits wurde sie als eine politische Maßnahme gesehen, welche Chancen für eine von westlicher Seite weniger beeinflussbare Entwicklung in der DDR-Gesellschaft eröffnete. Auch weil sie sich als Weichenstellung für einen Entspannungsprozeß in Europa erwies, darunter für die internationale Anerkennung der DDR und das Ende der Hallstein-Doktrin. Die heute wohlfeile Besserwisserei, die DDR sei 1961 am Ende gewesen, wurde in der Diskussion als unbegründet angesehen. Es habe zumindest partiell eine Aufbruchstimmung gegeben, genährt von der Erwartung, die inneren Probleme und Konfliktstoffe würden in einem demokratischen Diskurs mit den Bürgern der DDR zu lösen sein. Damals sahen wir die DDR gestärkt und gewannen neuen Optimismus für wirtschaftlichen Aufschwung und staatliche Stabilität. Die Verantwortung bleibt, diese Chancen für einen Durchbruch zu dynamischer Wirtschaftsentwicklung und zur Demokratisierung in der DDR nicht genutzt zu haben, ebenso wie die Frage nach dem Paradoxon eines Sozialismusversuchs hinter Mauern

Es wurde erörtert, daß der Wirtschaftskurs der Jahre vor 1961 die DDR ökonomisch und politisch nicht gefestigt hatte, sondern teilweise eher destabilisierend war. Die Abwanderungen in den Westen ließen eine extensive Wirtschaftsentwicklung nicht mehr zu: eine weitere Ursache für den Mauerbau. Daß wir damals (auch später) Ursachen für innere Probleme nahezu ausschließlich in Einwirkungen des Westens suchten, hatte offenbar mit Befangenheit in parteioffiziellen Sichtweisen zu tun.

Ähnliches trifft auf politisch-psychologische Wirkungen der Republikflucht-Welle bis 1961 und der Grenzschießung auf große Teile der DDR-Bevölkerung zu (Gefühl des

Eingesperrtseins). Wir haben deren Einflusses auf Gedanken und Gefühle vieler Menschen in der DDR nicht erkannt, obwohl (oder weil?) wir meinten, über Stimmungen des Volkes sichere Kenntnis zu besitzen.

Zur weiteren Entwicklung der DDR und ihrer Politik ab 1961 wurden in der Debatte zumindest ansatzweise die vielfältigen subjektiven Ursachen genannt, die Grenzsicherung nicht abzubauen, sondern auszubauen. Wesentlich war wohl, daß wir uns selbst nicht eingestanden, einem bitteren Zwang gefolgt zu sein, sondern statt dessen einen vermeintlichen Sieg feierten. Natürlich gehörten zum Ursachengefüge auch die fortlaufend von westlicher Seite erfolgenden Aktionen gegen die DDR-Grenze bis hin zu terroristischen Akten und militärischen Provokationen - einige konkrete Beispiele wurden genannt. Übereinstimmung bestand in der Feststellung, daß die Sicherungsanlagen der DDR-Grenze primär nach Innen gerichtet waren und daß das eigentliche politische Problem darin bestanden hatte, keinen Modus für eine würdige Regelung der vielfältig begründeten und auch legitimen Reisebedürfnisse der Menschen geschaffen zu haben.

Ins Gespräch gebracht wurde die aktuelle Ausbreitung von Neonazis im Lande mit zunehmend provozierendem Auftreten. Zunächst konnte es scheinen, das sei eine Abweichung vom Thema. Doch Kurt Zeiseweis brachte den Zusammenhang zu Mauerbau und Mauerfall auf den Punkt: Daß sich am 1. September 2001 in Leipzig und Greifswald faschistische Horden produzieren durften, ist erst möglich geworden, nachdem es keine Mauer mehr gibt.

Es wurde angeregt, über neofaschistische Äußerungen in der DDR, über das Wissen des MfS darüber sowie über die Ursachen und Folgen der Unterbindung öffentlicher Diskussion ein Jour fixe vorzusehen.

Klaus Panster
